

## PRESSEMITTEILUNG

### **FALK-Vorstände fordern Ende der Budgetierung: „Mehrarbeit muss auch honoriert werden“**

*Vor dem heute beginnenden Deutschen Ärztetag in Erfurt äußern sich die Vorstände der in der Freien Allianz der Länder-KVen (FALK) zusammengeschlossenen Kassenärztlichen Vereinigungen zu wichtigen Themen der niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten. Diese Positionen vertraten sie auch im Rahmen der gestrigen Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) in Erfurt.*

Zur Budgetierung der Ausgaben in der ambulanten Versorgung sagten die FALK-Vorstände: „Wir begrüßen die Bestrebungen des Vorstandes der KBV, ein Ende der staatlich vorgegebenen Honorarbegrenzung im Bereich der niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten einzuläutern. Aktuelle Aussagen von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn stimmen uns optimistisch, dass in der Politik ein Umdenken stattfindet. Denn wer kürzere Wartezeiten auf Facharzttermine erreichen will, der kommt um ein Ende der künstlichen Verknappung der Honorare nicht herum. Die Budgetierung verhindert nicht nur neue Niederlassungen, sondern sie bremst das Engagement der niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten, zusätzliche Termine über das Soll hinaus anzubieten, da diese derzeit nicht vergütet werden.“

Die Forderung aus dem Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD nach einer Erhöhung der Sprechstundenzeit von 20 auf 25 Stunden pro Woche wiesen die FALK-Vorstände als unrealistisch zurück. Bereits heute arbeiteten die meisten Praxen aufgrund der zunehmenden Ambulantisierung, des medizinischen Fortschritts und der jeweiligen regionalen Besonderheiten am Limit und überschritten deutlich die 20 Stunden, die im Bundesmantelvertrag mit den Krankenkassen als Regelsprechstundenzeit vereinbart sind. Diese Sprechstundenzeit dürfe auch nicht mit der effektiven Arbeitszeit der niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten verwechselt werden, die deutlich höher ausfalle. Bei den wenigen Praxen, die unter dem Durchschnitt lägen, handle es sich vor allem um ältere Ärzte und Psychotherapeuten, die mangels Nachfolger in schlecht versorgten Gebieten weiterhin für ihre



Patienten verfügbar sein wollten, aber den Betrieb einer vollen Praxis nicht mehr aufrecht erhalten könnten. Die Alternative wäre, dass sie in den Ruhestand gingen und so gar nicht mehr für die ambulante Versorgung zur Verfügung stünden.

Auch zur Frage nach den künftigen Strukturen in der ambulanten Versorgung erläuterten die FALK-Vorstände ihre Sicht der Dinge: „In den regionalen Zulassungsausschüssen ist der Trend zu beobachten, dass immer mehr Vertragsarztsitze an große Kapitalgesellschaften oder Klinikketten vergeben werden müssen. Vor diesem Trend, der zunehmend deutlicher erkennbar wird, warnen wir seit Jahren. Denn dadurch wird die ambulante Versorgung immer stärker zentralisiert und auf wenige finanzstarke Anbieter von Gesundheitsleistungen zugeschnitten. Einzelne Ärzte und Psychotherapeuten, die mit ihren Praxen gerade in ländlichen Regionen dringend gebraucht würden, haben das Nachsehen.

Wir fordern Gesundheitsminister Spahn dringend zum Handeln auf, damit sich unser Gesundheitssystem durch die zunehmende Kommerzialisierung nicht nachhaltig zum Negativen verändert. Lösungsansätze wären beispielsweise eine Obergrenze für Arztsitze in einem medizinischen Versorgungszentrum (MVZ), aber auch flexiblere Möglichkeiten für Ärzte, eine Zulassung aus einem MVZ wieder herauszulösen. Ohne entsprechende gesetzliche Regelungen entstehen sonst immer mehr Großeinrichtungen, die weder patientennah sind, noch ein vertrauensvolles Arzt-Patientenverhältnis ermöglichen, da der Patient immer wieder von anderen Ärzten behandelt wird.“

